

und seine strafrechtliche Bekämpfung in die Breite der Strafverfolgungsbehörden getragen werden soll.

(Unruhe)

– Frau Präsidentin, jetzt wird es mir ein bisschen zu laut.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn Sie das nicht bemerken können: Die leisen Unterhaltungen zu zweit oder zu dritt kommen hier als relativ laute Geräuschkulisse an. Der Minister bittet herzlich darum, etwas Rücksicht zu nehmen. Führen Sie bitte die Gespräche draußen fort.

Peter Biesenbach^{*)}, Minister der Justiz: Der komplexen Materie können die Strafverfolgungsbehörden deutlich effektiver gerecht werden, wenn die Ermittlerinnen und Ermittler mit den rechtlichen Voraussetzungen, den Grundlagen der Stoffkunde und den tatsächlichen Problemstellungen der Ermittlungstätigkeit in diesem Bereich vertraut sind und wenn sie zugleich enge und vertrauensvolle Kontakte zu den weiteren mit der Dopingbekämpfung befassten Behörden und Institutionen pflegen. Hierzu gehören die Nationale Anti-Doping Agentur, die Dopinglabore und nicht zuletzt die Sportverbände.

Ich habe mit der Einrichtung der Zentral- und Ansprechstelle für die Verfolgung Organisierter Straftaten, der schon mehrfach angesprochenen ZeOS, bereits geeignete Strukturen geschaffen, in die ein Sonderdezernat „Doping“ integriert werden kann. Mit der ZeOS haben wir eine Abteilung mit hochmotivierten und hochgradig spezialisierten Ermittlerinnen und Ermittlern aufgestellt, die unter anderem mit der Bekämpfung des organisierten Drogenhandels befasst ist und die seit ihrer Einrichtung bereits erhebliche Erfolge im Kampf gegen die organisierte Kriminalität erzielt hat.

Haben Sie keine Sorge, dass diese ZeOS überlastet wird. Wir beraten gegenwärtig hier in diesem Hohen Haus den Haushalt des nächsten Jahres, und natürlich sieht dieser auch eine Verstärkung der ZeOS vor.

Zugleich ist es wichtig, das Wissen über Doping und über die damit verbundenen Strukturen auch in die Fläche der Strafverfolgungsbehörden zu tragen. Wenn möglichst viele Ermittlerinnen und Ermittler in diesem Bereich fortgebildet sind, kann es gelingen, einzelne Informationen über Dopingtaten in einen großen Zusammenhang zu stellen und damit dem Fairplay noch stärkere Geltung zu verschaffen.

Der Antrag der Regierungsfractionen ist daher zu begrüßen. Er wird helfen, die grobe Unsportlichkeit, die Doping bedeutet, in Nordrhein-Westfalen weiter zurückzudrängen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor und sind auch nicht angemeldet. – Es bleibt auch dabei. Dann schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 9.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/15261 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die beiden antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/15261** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

10 Fake Klimaschutz stoppen – Keine weiteren Subventionen für die CO₂-intensive Holzverbrennung!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15256

Ich eröffne die Aussprache. Wie Sie sehen, hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir alle Kohlekraftwerke in Holzkraftwerke umwandeln würden, wäre in Deutschland der Wald in 22 Jahren komplett gerodet. Alle Bäume wären weg.

Obwohl dies jeder Schuljunge mittels Dreisatz ermitteln kann, fordern immer noch Politiker in Deutschland neue Holzkohlekraftwerke bzw. die Umstellung von Kohlekraftwerken auf Holzkraftwerke.

Warum ist das so? Das ist so, weil die Holzverfeuerung auf dem Papier – nicht in der Realität, sondern auf dem Papier! – als klimaneutral bzw. CO₂-neutral gilt. Aber es kommt doch vielmehr auf die Realität an. Natürlich wird bei jeder Holzverbrennung auch CO₂ emittiert. Das wissen alle, die in der Schule im Fach Chemie aufgepasst haben – es sei denn, es war mal wieder Freitag, und sie waren für „Fridays for Future“ hüpften, anstatt zu lernen.

Trotzdem wollen immer noch Politiker Holzkraftwerke bauen, so wie in Hamburg. Nur wollte man da keine Bäume in Deutschland fällen. Nein, man war schlauer; man wollte gleich Bäume in Namibia fällen, diese dann zu Holzpellets verarbeiten und diese per dieselgetriebenem Schiff nach Hamburg verschiffen

und dort verbrennen. Das war allerdings so irrsinnig, dass selbst Robin Wood dagegen Sturm gelaufen ist.

In Sonntagsreden versprechen viele von Ihnen auch: Es geht nur um Altholz oder um das Holz, das im Wald rumliegt. – Aber, meine Damen und Herren, der Markt für Altholz ist doch längst leergefegt!

Aber irgendetwas müssen Sie ja den Bürgern versprechen, denn schließlich wollen Sie alle Kohlekraftwerke abschalten; und Sie brauchen irgendeinen Ersatz. Die Grünen wollen ja sogar bis 2030 alle Kohlekraftwerke abschalten; aktuell am liebsten sogar noch eines der modernsten, besten und wirkungsvollsten Kraftwerke, nämlich Datteln IV.

Alles für den totalen Klimaschutz – auf dem Papier. Auf dem Papier bedeutet: gemäß Brennstoffemissionshandlungsgesetz. Dort wird das Verbrennen von Holz als – Zitat – weitgehend klimaneutral behandelt. So braucht jemand, der Holz verbrennt, keine CO₂-Zertifikate zu kaufen; und das, obwohl sogar mehr CO₂ in die Luft gepustet wird als bei der Kohleverbrennung.

Das sagen nicht nur wir, das sagt nicht nur die Chemie, nein, das sagen auch 800 führende Wissenschaftler, die sich bereits 2018 mit einem Brandbrief an das EU-Parlament gewendet haben und betonten, dass die Verbrennung von Biomasse den Kohlenstoffgehalt in der Atmosphäre und die Erwärmung für Jahrzehnte bis Jahrhunderte erhöhen werde. Denn es braucht etwa 80 bis 100 Jahre, bis nachwachsende Bäume wieder das CO₂ eingefangen haben, das jetzt bei der Holzverbrennung emittiert wird. 80 bis 100 Jahre – dann ist das Jahr 2100 längst vorbei, Frau Brems. Das ist für Sie doch so wichtig.

Und auch die Studie „Wie kann Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen?“ kommt zu dem Schluss, dass die Nutzung von Holz in alten Kohlekraftwerken nicht mehr erlaubt sein sollte. Das ist übrigens keine Studie der AfD, sondern eine Studie im Auftrag der Fraktion der Grünen hier im Landtag. Das ist Ihre Studie, Frau Brems. Und Ihre Studie sagt klipp und klar: Finger weg von der Stromerzeugung mittels Holzverbrennung.

Stattdessen laufen die Subventionsmaschinen auf Hochtouren. In Deutschland gibt es nun mehr als 16 Cent pro Kilowattstunde bei neuen Biomasseanlagen. 16 Cent – das ist der dreifache Preis, den es kosten würde, wenn man den Strom mit Kohlekraftwerken erzeugen würde.

Solche Subventionen werden auch dafür sorgen, dass immer mehr Wälder abgeholzt werden. Aber dann können Sie da ja entsprechend Ihre Windindustrieanlagen installieren. Wenn allein alle europäischen Kohlekraftwerke umgerüstet würden, müsste man jedes Jahr eine Fläche von 2.700 km² Wald opfern. Das ist eine Fläche so groß wie das Saarland – jedes Jahr. Sie werden es bemerkt haben: Im Antrag

wurde das falsch in Hektar umgerechnet. Das bitten wir zu entschuldigen.

Noch mal: Jedes Jahr müsste eine Fläche so groß wie das Saarland gerodet werden, wenn alle Kohlekraftwerke in der EU in Holzkraftwerke umgewandelt würden. „Kein Wald“ bedeutet aber ein gestörtes Ökosystem: keine Fledermäuse, keine Vögel, keine Füchse. Alles, um auf dem Papier klimaneutral zu werden. In Wahrheit aber emittieren Holzkraftwerke deutlich mehr CO₂ als Kohlekraftwerke. Neuere Holzkraftwerke emittieren fast 60 % mehr CO₂ als neuere Kohlekraftwerke wie Datteln IV, Frau Brems. Deshalb darf die Subvention nicht weitergehen.

Wer die Augen für die Realität öffnet, kommt zu dem Schluss, dass man unserem Antrag nur zustimmen muss. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Ritter.

Jochen Ritter¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Quintessenz der Rede des Antragstellers habe ich mir gemerkt: Kohle hat eine höhere Energiedichte als Holz – mit der Konsequenz, dass man mehr Holz als Kohle verbrennen muss, um dieselbe Menge an Wärme, Elektrizität oder Strom zu erzeugen.

(Zuruf von der AfD: Dann haben Sie also schon etwas gelernt!)

– Genau. Wenn diese Erkenntnis so bahnbrechend wäre, wie Sie es hier wortreich vortragen, dann wundert mich, dass der vor zwei Tagen vergebene Nobelpreis für Physik nicht an die AfD-Fraktion gegangen ist, sondern woanders hin.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Heiterkeit)

Gleichwohl hat der Antrag Neuigkeitswert.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die AfD erkennt offenbar an, dass menschliches Handeln Einfluss auf das Klima hat. Das klang bisher ganz anders. Zu den die Klimagesetze betreffenden Anhörungen in diesem Frühjahr haben Sie noch Sachverständige eingeladen, die stundenlang vorgelesen haben, wann vor wie viel Hunderttausend Jahren es wie warm war und dass das alles mit menschlichen Einflüssen nichts zu tun habe.

Und wenn ich den vorliegenden Antrag richtig lese, dann haben Sie sich positiv von der Frage, ob der Mensch Einfluss nehmen kann, verabschiedet und befassen sich nun tatsächlich mit Einzelheiten der

Frage des Wie, nämlich damit welcher Brennstoff wie wirkt. Das ist ein Fortschritt.

Bei Ihrer schlichten Schlussfolgerung daraus, erst einmal alles zu verbrennen, was einen größeren Heizwert hat als Holz – vorzugsweise Steinkohle – gehen wir allerdings nicht mit. Als Kronzeugen werden 800 Wissenschaftler bemüht, die einen Brandbrief ans EU-Parlament unterzeichnet haben. Immerhin ist die Wortwahl in diesem Zusammenhang nicht unoriguell. Das war allerdings im Jahr 2018.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

In Deutschland wurde aus Prosper-Haniel noch Steinkohle gefördert, und die Kalamität im Wald war noch kein Thema.

Mittlerweile haben sich die Verhältnisse nahezu ins Gegenteil verkehrt. Die letzte Zeche, auf der in Deutschland noch Steinkohle gefördert wurde, ist geschlossen worden, und zwar im Dezember 2018. Seitdem wird Steinkohle ausschließlich importiert – mit all den damit einhergehenden Abhängigkeiten und mit energieintensiver Logistik.

Holz, das für nichts anderes taugt als zum Verbrennen, gibt es in Deutschland – sarkastisch formuliert: dem Borkenkäfer sei Dank – in Hülle und Fülle. Ich bin also nicht sicher, ob sich die von Ihnen bemühten Wissenschaftler unter den dieserart geänderten Vorzeichen noch immer gegen die Verbrennung solchen Holzes aussprechen würden.

Denn dafür muss kein vitaler Baum gefällt werden – nicht im Ausland und schon gar nicht, wie Sie in Ihrem Antrag fälschlicherweise mitteilen, der halbe Schwarzwald, oder, wie Sie gerade korrigiert haben, auf einer Fläche so groß wie das Saarland. So dramatisiert es auch eine Ihrer Quellen für den Fall, dass alle europäischen Kraftwerke von jetzt auf gleich nur noch Holz verstoßen würden.

Apropos Drama: In Ihrem Antrag wird seitenlang spekuliert – „sollten“, „würden“, „müssten“, „wäre“. Das hat mit der Realität nichts zu tun. Peer Steinbrück und Lothar Matthäus lassen grüßen.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie bemängeln, dass Emissionen aus Holz bei dessen Verbrennung im Energiesektor nicht berücksichtigt werden, dann deckt sich das jedenfalls mit der Logik des Weltklimarats, wie er Emissionen kategorisiert. Danach wird Kohlenstoff, der aus dem Wald entnommen wird, bereits dem Sektor „Land Use, Land-Use Change und Forestry“ zugeschlagen und bleibt deshalb bei der Betrachtung des Energiesektors richtigerweise außer Betracht. Ihrer Logik folgend käme es sozusagen zu einer doppelten Anrechnung.

Im Übrigen ist Schlagabraum und Totholz, der bzw. das nicht verbrannt wird, sondern im Wald liegenbleibt, auch nicht klimaneutral. Das Material wird

durch Mikroben unter Freisetzung von CO₂ von Mikroben zersetzt. Diese Alternative lässt die Alternative für Deutschland auch außer Betracht.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Stephan Harbarth, hat gestern in seiner Rede hier im Landtag gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –: Die vordergründige Attraktivität der Einfachheit erweist sich freilich als Irrweg.

Ich bin mir nicht sicher, ob Sie die Botschaft gestern verstanden haben. Deshalb will ich mit Erlaubnis der Präsidentin noch ein unmissverständliches Zitat nachliefern, und zwar von Baron Heereman, dem Vorsitzenden des Waldbauernverbandes NRW. Er hat auf dem Waldbauerntag am vergangenen Mittwoch in Werl – Herr Keith, Sie müssen es eigentlich mitbekommen haben – klare Worte genau zu diesem Thema gefunden. Ich habe mir aus seinem Schlusswort folgenden Satz gemerkt: Wer jetzt noch gegen die Verbrennung von Holz ist, versündigt sich an der nächsten Generation.

(Lachen von Christian Loose [AfD])

Der gerade für seine Forschung zu Klimamodellen mit dem Physiknobelpreis ausgezeichnete Hamburger Professor Hasselmann lässt sich auf der Webseite der Tageschau mit folgendem Satz zitieren.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Jochen Ritter¹⁾ (CDU): „Wir müssen vor allem versuchen, mit Öl und Kohle sparsam umzugehen.“ Von Holz ist an der Stelle nicht die Rede.

Dieser Priorisierung schließen wir uns an. Ihre Vorstellungen sind von gestern. Wir folgen ihnen nicht wegen morgen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ritter. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Cordes.

Frederick Cordes (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging. Ich für meinen Teil war ziemlich verwundert über den vorliegenden Antrag. Anscheinend ist in den vergangenen Wochen bei der Antragstellerin irgendetwas passiert. Es ist auf jeden Fall etwas mysteriös.

Denn bisher hat diese Partei jede Gelegenheit genutzt, um die Notwendigkeit von CO₂-Reduktionen als ideologische Klimapanik abzutun. Seit dem Jahr 2019 ist die Kritik an CO₂-Einsparungen für diese Partei zur dritten Säule neben dem Ausstieg aus der EU und der menschenfeindlichen Geflüchtetenpolitik geworden.

Auch hier im Landtag suggeriert man gerne, dass der deutsche Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen ohnehin so gering sei, dass lokale Maßnahmen kaum einen Effekt hätten.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie bekämpfen in diesem Haus regelmäßig Windkraft, Sie sind gegen Solarenergie, gegen smarte und effiziente Technologien.

(Christian Loose [AfD]: Nur gegen Subventionen!)

Im Gesamtbild senden Sie – mal mehr, mal weniger subtil – die Botschaft: Eigentlich sollten wir uns hier in NRW alle Bemühungen zum Klimaschutz sparen und können auch eigentlich nach Hause gehen.

Daher hat mich der heutige Tagesordnungspunkt ziemlich überrascht. Die AfD-Fraktion gibt vor, sich Sorgen um den CO₂-Ausstoß bei der Holzverbrennung zu machen. Ist das jetzt ein Sinneswandel, eine echte Sorge um die Zukunft? – Leider nein, leider gar nicht. Das ist Ausdruck der Hilflosigkeit nach dem erlittenen Schiffbruch bei der Bundestagswahl.

Und was macht man, wenn das Schiff untergeht? – Man klammert sich an das nächstbeste Stück Holz – oder in diesem Fall an ein komplettes Holzkraftwerk.

(Beifall von der SPD)

Das ist alles wahnsinnig durchschaubar und deshalb auch gar nicht mal so mysteriös, sondern eher faden-scheinig.

Abgesehen davon: Die Diskussion „Holz gegen Kohle“ ist nicht zukunftsweisend, sondern einfach Kokolores. Denn Kohle ist ja im Endeffekt auch nichts anderes als sehr, sehr altes Holz.

Falls bei der Rechtsaußenfraktion tatsächlich eine Leidenschaft für die Verbesserung der Klimabilanz entstanden sein sollte, habe ich einen heißen Tipp für Sie: Den besten Klimaschutz schaffen wir mit einem entschlossenen Wechsel von den fossilen zu erneuerbaren Energieträgern. Die beste Antwort auf den Klimawandel ist also der Ausbau der erneuerbaren Energien wie Windkraft und PV und der dazugehörige Ausbau der Infrastruktur und Speicherung. Ich empfehle Ihnen dazu, sich die Rede meines Kollegen Sundermann von gestern noch einmal anzugucken.

Bevor wir hier noch länger eine Rückspiegeldebatte führen: Klären Sie am besten einfach mal Ihr Verhältnis zu den erneuerbaren Energien. Die SPD-Fraktion lehnt diesen Schaufensterantrag ab. – Glückauf!

(Beifall von der SPD und Rainer Deppe [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Cordes. Sie haben vielleicht bemerkt, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde. Sie können diese am Redepult entgegennehmen, aber

auch gerne an Ihrem Platz. Die Kurzintervention hat Herr Loose angemeldet.

(Zuruf von der CDU: Warum überrascht mich das nicht?)

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege, Herr Ritter hat zumindest verstanden, dass mehr Holzverbrennung auch mehr CO₂-Emissionen bedeutet. Sie haben das anscheinend nicht verstanden. Wir haben sogar extra einen Antrag gemacht, mit dem Sie zurecht kommen müssten,

(Heiterkeit von der SPD und Josef Hovenjürgen [CDU])

nämlich zum sogenannten Klimaschutz, den Sie betreiben, und wir haben Ihnen das auf wissenschaftliche Art klargemacht. Sie wollen das ja; Sie subventionieren und glauben, dass Sie irgendetwas damit erreichen könnten, wenn Sie Geld ausgeben, um noch mehr CO₂ in die Luft zu pusten.

Wir wollen wenigstens vermeiden, dass Sie dafür auch noch Geld ausgeben. Sie können ja Ihre irrsinnige Politik weitermachen und versuchen, irgendetwas zu erreichen – mit mehr oder weniger CO₂. Aber dann das Gegenteil von Ihrem Ziel zu erreichen und sogar noch mehr Geld auszugeben, sollte doch eigentlich auch gegen Ihre eigenen Interessen sein – zumindest wenn Sie noch die Interessen der Bürger vertreten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Cordes, Sie haben jetzt Gelegenheit, zu antworten.

Frederick Cordes (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich glaube, mein Schwein pfeift, wenn ich das mal so sagen darf. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass Sie erst mal für sich selbst die Frage zu klären haben, ob es den menschengemachten Klimawandel gibt oder nicht.

Ich lese Ihre Anträge sehr aufmerksam.

(Christian Loose [AfD]: Anscheinend nicht!)

Darin steht immer wieder, dass eine höhere CO₂-Konzentration in der Luft auch dem Pflanzenwachstum guttun würde. Ähnliche Erzählungen finden sich in Ihren Anträgen immer wieder. Dann müssten Sie doch eigentlich, wenn Sie bei Ihrer Position bleiben würden, befürworten, dass wir mehr Holz verbrennen als Kohle. – Also, ich bitte Sie!

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Cordes. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich fand den Antrag der AfD-Fraktion insofern sehr interessant, weil Sie damit in der Tat von Ihrer bisherigen Position völlig abrücken, den vom Menschen beeinflussten Klimawandel infrage zu stellen. Hier scheinen Sie sich dann doch in der Realität gefunden zu haben – wenn ich jetzt mal von Ihrer Kurzintervention gerade absehe, Herr Loose.

Von daher wäre jetzt eine klärende Position der AfD interessant, ob Sie jetzt doch eingesehen haben, dass der Mensch Einfluss auf das Klima nimmt. Denn dann hätten viereinhalb Jahre Debatte mit Ihnen über alle möglichen Anträge endlich mal Erfolg gehabt, und man hätte gesehen, dass Sie nicht beratungsresistent sind. Ich bin da sehr gespannt, Herr Loose. Das müssen Sie jetzt wirklich mal klarstellen.

Denn wenn Sie von Ihrer alten Position nicht abrücken, dann macht dieser Antrag aus Ihrer Sicht eigentlich gar keinen Sinn, denn dann sind ja ohnehin alle Maßnahmen völlig überflüssig.

Aber auch ansonsten überziehen Sie wie gewohnt und reihen wieder einige Zitate aneinander, die Ihnen gerade in den Kram passen. Sie führen an, dass 36 Millionen Tonnen Holzpellets benötigt würden, wenn man europaweit die Kraftwerke künftig mit Holz anstatt mit Kohle befeuern würde. Sie suggerieren damit, man wollte dies europaweit umstellen. Das ist natürlich völliger Unsinn. Das fordert kein Mensch.

Die eigentliche Debatte dreht sich nicht um den Raubbau am Wald. Es geht um die Frage der energetischen Nutzung von geschädigten Bäumen, Industrieholz, Altholz, Restholzbeständen etc. Die Politik in Nordrhein-Westfalen setzt hier keinen einseitigen Fokus, sondern wir wollen die Vielfalt moderner, treibhausgasneutraler Energieträger nutzen. Wir nehmen die gesamte Bandbreite der erneuerbaren Energien in den Blick und wollen technologieoffen deren Potenziale für die klimaneutrale Transformation in Nordrhein-Westfalen als Energie- und Industrieland Nummer eins ausschöpfen.

Einen Teil davon kann die Biomasse leisten. Sie eignet sich besonders gut als Wärmequelle. In Nordrhein-Westfalen versorgen aktuell über 40.000 Pellettheizungen die Bürgerinnen und Bürger mit erneuerbarer Wärme. Hinzu kommen Nahwärmenetze sowie Kompaktlösungen für Mehrfamilienhäuser und zunehmend auch für Gewerbeimmobilien.

Das Land stärkt diese Heiztechnologie mit der Aktion „Holz+Pellets“ der EnergieAgentur.NRW. Damit wird die positive Marktentwicklung gefestigt und weiter vorangetrieben.

Aber auch für die Frage, wie man die Nutzung erneuerbarer Energien sinnvoll verknüpfen kann, bietet die Landesregierung hilfreiche Unterstützung. Über progres.nrw fördert die Landesregierung Biomasseanlagen in Verbindung mit der Nutzung von Solarenergie. Diese Vernetzung eröffnet weitere CO₂-Einsparpotenziale im Gebäudesektor, und das ist der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, wir bekennen uns eindeutig zu den Klimaschutzzielen. Der Einsatz von Biomasse aus Reststoffen ist ein Teil unserer Strategie, um die ambitionierten Ziele zu erreichen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, müssen hier Ihre Position aber noch einmal deutlich klären, denn was Sie hier vorgelegt haben, passt aus meiner Sicht nicht zu den völlig falschen Äußerungen, die Sie in der Vergangenheit getätigt haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Herr Kollege Brockes. Sie haben sicherlich bemerkt, dass auch bei Ihnen eine Kurzintervention des Herrn Abgeordneten Kollegen Loose angemeldet wurde.

Christian Loose (AfD): Frau Präsidentin! Herr Brockes, Sie haben sie ja angefordert.

Sie wollen Klimaschutz betreiben. Wenn Sie mit einer Maßnahme aber mehr CO₂ in die Luft pusten als mit einer anderen Maßnahme und diese verdrängen, dann ist das, was Sie betreiben, ein Fake-Klimaschutz und ein Betrug an den Bürgern und an den Wählern. Durch Holzverbrennung – das hat selbst Herr Ritter erkannt – wird mehr CO₂ in die Luft gepustet. Wenn Sie logisch wären, müssten Sie sagen: Okay, wir verbrennen weiter Kohle, aber pflanzen Bäume an und haben dann in 80 bis 100 Jahren den gleichen Effekt, den wir hätten, wenn wir Holz verbrennen würden. – Sie müssten dafür sogar weniger Bäume anpflanzen als bei der Holzverbrennung, denn es wird durch die Kohlekraftwerke entsprechend weniger emittiert.

Wenn Sie als FDP noch so etwas wie ein marktwirtschaftliches Gewissen hätten, dann müssten Sie unserem Antrag vehement zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank für die 90 Sekunden Kurzintervention. – Herr Kollege Brockes, Sie haben jetzt 90 Sekunden, um darauf zu erwidern.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Kollege Loose, ich finde sehr interessant, dass wir jetzt nicht mehr über die Frage diskutieren müssen, ob es den menschengemachten Klimawandel gibt oder nicht, denn Ihre

Ausführungen haben gerade deutlich gemacht, dass es diesen menschengemachten Klimawandel gibt. Das heißt, wir würden uns demnächst nur noch über die Frage unterhalten müssen, wie wir das hinbekommen, und viereinhalb Jahre Diskussion mit Ihnen hätten zum Erfolg geführt,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

weil Sie endlich einsehen, dass der Mensch Einfluss auf das Klima hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich freue mich auf die weiteren Debatten dazu. Ihrem Antrag können wir heute aber selbstverständlich nicht zustimmen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Christian Loose [AfD]: Dann haben Sie ihn nicht verstanden!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Kollegin Brems das Wort.

(Dietmar Brockes [FDP] und Christian Loose [AfD] führen einen Dialog.)

– Für alle, die es noch nicht mitbekommen haben: Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems* (GRÜNE): Danke. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben eben gehört, was angeblich jeder Schuljunge mittels Dreisatz berechnen kann. In dem Antrag der AfD sind die Emissionsfaktoren unterschiedlicher Energieträger nebeneinandergestellt. Der CO₂-Ausstoß der Stromerzeugung pro Brennstoff wird üblicherweise in Gramm pro Kilowattstunde angegeben. Die AfD hat sich entschieden, das anders zu machen, und gibt diese Emissionen in Tonnen pro Kilowattstunde an. Das kann man machen. Man sollte sich dann jedoch beim Umrechnen nicht um den Faktor 1.000 vertun. Eine Kilowattstunde Kohlestrom verursacht nämlich nicht 900 kg pro Kilowattstunde CO₂, wie das die AfD gesagt hat, sondern 900 g. So viel zur naturwissenschaftlichen Kompetenz der AfD.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP – Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU – Zurufe)

Ich finde das ziemlich peinlich, und ich sage Ihnen: Schulmädchen wäre das nicht passiert. Wir lehnen den Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kollegin Brems. – Für die Landes-

regierung hat nun Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

(Unruhe)

Bitte sehr, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag der Fraktion der AfD werden verschiedene Sachverhalte aufgegriffen, die aus unserer Sicht getrennt voneinander zu betrachten sind. Die Forstwirtschaft in Deutschland folgt im Prinzip der Nachhaltigkeit, und der Holzzuwachs übersteigt die Holznutzung. Anders als es im Antrag der Alternative für Deutschland beschrieben ist, wird Holz nicht geerntet, um es zu verbrennen, sondern es wird in erster Linie als Rohstoff zum Beispiel in der Bauwirtschaft, in der Möbelindustrie oder in der Verpackungsindustrie verwendet.

Bei der Verarbeitung von Stammholz werden jedoch nur ca. 60 % stofflich verwertet. Die übrigen 40 % – also die Reststücke – werden als Koppel- und Nebenprodukte zu Holzschnitzeln, Holzpellets oder Holzbriketts für die Energiegewinnung durch Biomasse weiterverarbeitet. Würden wir sie im Wald verrotten lassen, würde die gleiche Menge CO₂ emittiert.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Nachhaltigkeit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und aus Biomasse wird über die Erneuerbare-Energie-Richtlinie RED II sichergestellt; die Biomasse unterliegt den Vorgaben dieser Richtlinie insbesondere im Hinblick auf die Massenbilanzierung. Des Weiteren stellt die Richtlinie sicher, dass eine EEG-Einspeisevergütung nur dann erfolgt, wenn der Nachweis der Nachhaltigkeit und der der Mindesttreibhausgaseinsparung erbracht werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie ...

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Im vorliegenden Antrag wird nicht berücksichtigt, dass der Einsatz von Biomasse zur Verstromung in Deutschland zumeist in kleinen und mittleren Heizkraftwerken erfolgt, sodass nicht nur der elektrische, sondern auch der thermische Wirkungsgrad genutzt wird. Das ist jedoch von zentraler Bedeutung, denn gerade im Wärmebereich haben wir einen dringenden Aufholbedarf, was den Einsatz nachwachsender Energieträger anbelangt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister ...

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Biomasse ersetzt fossile Energieträger zum Teil, und sie ist zum Erreichen der Klimaschutzziele unumgänglich. Anders als es der vorliegende Antrag nahelegt, besteht jedoch nicht die Absicht, die derzeitigen Kapazitäten der Kohleverstromung durch Biomasse zu ersetzen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr ...

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Vielmehr soll die Biomasse in Zukunft ein Baustein des Energiemixes sein.

Der nationale Emissionshandel für Emissionen fossiler Brenn- und Kraftstoffe in den Sektoren Wärme und Verkehr trägt sektorübergreifend zur Erreichung der deutschen Klimaschutzziele nach der europäischen Lastenteilungsverordnung bei.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie.

(Heiterkeit)

Ich habe schon mehrere Anläufe unternommen, aber Sie waren so im Fluss. Es besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Loose. Ich wollte Sie fragen, ob Sie diese zulassen.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Na klar.

(Zuruf)

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Minister, dass Sie die Frage zulassen. Das machen Sie ja immer, das ist sehr freundlich.

Sie sprachen von Altholz, von herumliegendem Holz, was ansonsten vergasen würde in der Natur. Sorgen Sie dann dafür, dass wir auch zukünftig keinen Schlag von Holz bekommen für Biomassekraftwerke, dass also nicht gesundes Holz für Biomassekraftwerke geschlagen wird? Wie wollen Sie das sicherstellen?

(Zuruf von der CDU)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter Loose, wir führen seit Monaten eine Diskussion, in der wir eher einen Holz-mangel beklagt haben – in der Bauwirtschaft und in anderen Bereichen.

So, wie ich es ausgeführt habe, wird Holz bei uns wirtschaftlich umfassend nachhaltig genutzt. Was wir für Baumaßnahmen nutzen können in der Bau-

wirtschaft, in der Möbelindustrie, das nutzen wir doch erst einmal. Es wäre unwirtschaftlich, wenn wir das nicht tun würden.

Dennoch bleiben entsprechende Reste übrig, und da lautet die Frage: Wie verwerten wir die Reste?

Wir haben hier im Prinzip ein Stück Kreislaufwirtschaft. Es ist doch nur klug, wenn wir diese Abfälle auch energetisch nutzen – für Strom und für den Wärmebereich mit einem dann hohen Effizienzgrad, der höher ist, als in Ihrem Antrag dargestellt, wenn ich das in entsprechenden Kraftwerken nutze, die gekoppelt sind.

Insofern glaube ich nicht, dass im Moment Holz für das Verbrennen von Holz angebaut wird, sondern es wird mehrfach genutzt. Das hilft Wirtschaft und Klima in gleicher Weise.

Ich würde jetzt gerne fortfahren wollen: Die Mengengbegrenzung und die Pflicht zum Erwerb von Zertifikaten führt zu Preisen, die sich am CO₂-Gehalt der Brennstoffe ausrichten. Fossile Brennstoffe sind aufgrund ihres deutlich höheren CO₂-Ausstoßes klar von regenerativen Brennstoffen abzugrenzen. Biogas unterliegt den Regelungen des nationalen Emissionshandels ab 2023. Dem europäischen Zertifikatehandel unterliegen thermische Kraftwerke zur Stromerzeugung ab 20 MW Feuerungswärmeleistung.

Aufgrund des zuvor Ausgeführten hält die Landesregierung es für richtig, holzbasierte Brennstoffe weiter zu nutzen und Biomassekraftwerke beim CO₂-Zertifikatehandel gegenüber fossilen Kraftwerken besserzustellen.

Ich bin der Meinung, dass wir gerade in der Biomasse einen ganz wichtigen Energieträger für die Zukunft haben, wenn uns Kernenergie und Kohle über die Zeit nicht mehr zur Verfügung stehen, weil es sehr verlässlich zur Verfügung steht. Wenn wir es so nachhaltig wie beschrieben nutzen, hilft es uns sehr, das Energiesystem zu stabilisieren und das Klima zu schonen. – Vielen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Ein Blick in die Runde und auf die vorliegende Wortmeldungsliste offenbart, dass es keine Wortmeldungen mehr gibt. Dann sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen, da die antragstellende Fraktion der AfD direkte Abstimmung beantragt hat, direkt zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/15256. Ich darf fragen, wer dem Inhalt zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der antragstellenden Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die

Grünen. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, der oder die sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass der **Antrag Drucksache 17/15256 abgelehnt** wurde.

Ich rufe auf:

11 Gesetz zum digitalen Fortschritt im Hochschulbereich angesichts der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie sowie zum Hochschulbetrieb im Falle einer Epidemie oder einer Katastrophe

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14963

Beschlussempfehlung
des Wissenschaftsausschusses
Drucksache 17/15236

zweite Lesung

Ich darf für die Fraktion der CDU der Frau Abgeordneten Vogt das Wort geben.

Petra Vogt (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den vorliegenden Gesetzentwurf hier im Plenum und auch im Wissenschaftsausschuss diskutiert. Ich möchte kurz unsere Sicht dazu zusammenfassen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden Lehren aus den Erfahrungen der Coronapandemie für die Regeln des Hochschulbetriebs gezogen. Wir können froh sein, dass aufgrund der Impfungen Präsenz an den Hochschulen wieder möglich ist.

Studierende wie Lehrende haben immer wieder zum Ausdruck gebracht, wie wichtig Interaktion unter Anwesenden ist. Wir erwarten eine weitgehende Rückkehr zur Präsenzlehre, und dennoch ist es gut, wenn wir Lerngewinne im Bereich der Digitalisierung, der Lehre und des Gremienbetriebs für das hochschulische Stammrecht sichern.

Es geht in diesem Gesetzentwurf um drei Punkte. Einerseits möchten wir ermöglichen, dass manche Lehrveranstaltung, wie zum Beispiel große Vorlesungen, mit sehr vielen Teilnehmern weiter digital stattfinden können.

Bisher sind im Hochschulgesetz digitale Lehrformate nur ergänzend zugelassen. Mit den §§ 82a und 73a des Hochschul- bzw. Kunsthochschulgesetzes schaffen wir ein regulatorisches Auffangnetz für den Fall, dass aus infektiologischen Gründen kein Lehrbetrieb in Vollpräsenz möglich ist. Dies gilt für den Fall, dass eine epidemische Lage von landesweiter oder nationaler Tragweite festgestellt wurde.

Andererseits ermöglichen wir durch den Gesetzentwurf die Funktionsfähigkeit von Hochschulgremien, Gremien der Studierendenschaft sowie die Sicherstellung der Lehre in akuten Katastrophenfällen, wie zum Beispiel vom diesjährigen Hochwasser ausgelöst.

Der zulässige Umfang von Online-Lernangeboten und Datenschutzfragen werden in der Rechtsverordnung geregelt, die das Ministerium für Kultur und Wissenschaft erlässt.

Wir wollen mit dem Gesetz Rechtssicherheit schaffen und den präsentischen Regelbetrieb der Hochschulen so absichern, dass nicht auf digitale Flexibilitätsgewinne verzichtet werden muss.

Mit dem dritten Aspekt des Gesetzentwurfs greifen wir einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf auf, den das Oberverwaltungsgericht Münster reklamiert. Dabei geht es um eine Formalie, nach der das Verfahren zur Hochschulzulassung und Bewertung von Abiturzeugnissen und Leistungen, die an europäischen Schulen erworben und gezeigt wurden, gesetzlich geregelt werden soll. Das machen wir doch gerne, wenn es der Rechtssicherheit dient.

Alle drei Punkte sind so einleuchtend wie unstrittig, dass einer Annahme des Gesetzentwurfs nichts mehr im Wege stehen dürfte. Frau Präsidentin, Sie haben es bereits angesprochen, es wird wahrscheinlich gleich auch so sein.

Gestatten Sie mir am Ende dieser Rede noch eine persönliche Anmerkung: Eigentlich hätte diese Rede mein Kollege Dr. Stefan Nacke gehalten. Es wäre seine letzte Rede hier im Hohen Hause gewesen. Er ist jetzt kurzfristig verhindert, weil er schon eine Verpflichtung im Rahmen seines neu erworbenen Bundestagsmandates hat. Von daher habe ich diese Rede gerne für ihn übernommen, würde ihm aber, wenn das gestattet ist, von hier aus ein ganz herzliches Dankeschön für seine Arbeit als unser wissenschaftspolitischer Sprecher, als Kollege der CDU-Fraktion in diesem Hause, aussprechen wollen.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Auch, wenn er jetzt leider nicht dabei sein kann und diese letzte Rede nicht persönlich halten konnte, wünschen wir ihm alles, alles Gute für seine wichtige Tätigkeit in Berlin. Hoffentlich behält er uns hier in Nordrhein-Westfalen in guter Erinnerung. Im Moment sieht es so aus, als wäre das hier doch der deutlich schönere Ort. – Herzlichen Dank in diesem Sinne.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. Da die CDU-Fraktion noch ausreichend Redezeit hatte, hätten Sie sozusagen fast alles sagen können.

(Petra Vogt [CDU]: Sehr schön!)